



Europabüro
der sächsischen
Kommunen

BRÜSSEL AKTUELL

19/2022

18. November bis 2. Dezember 2022

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Kurzzeitvermietungen: Kommission legt Verordnungsvorschlag vor

Am 7. November 2022 hat die EU-Kommission einen [Vorschlag](#) für eine Verordnung über die Erhebung und den Austausch von Daten im Zusammenhang mit Dienstleistungen im Bereich der kurzfristigen Vermietung von Unterkünften und zur Änderung der Verordnung (EU) [2018/1724](#) vorgelegt. Ziel der Verordnung soll es sein die Kurzzeitvermietung von Unterkünften transparenter zu gestalten und die derzeitige Fragmentierung in der EU bei der Weitergabe von Daten durch Online-Plattformen zu beheben und somit letztlich illegale Angebote zu verhindern...

Digitaler Wandel: Kommission legt neuen Gesetzesvorschlag vor

Am 21. November 2022 hat die EU-Kommission einen neuen [Gesetzesvorschlag](#) für ein interoperables Europa vorgelegt. Ziel des Gesetzes soll es sein, den digitalen Wandel voranzubringen und den Verwaltungsaufwand im öffentlichen Sektor zu reduzieren. Rechtliche, organisatorische und technische Hindernisse sollen dadurch gesenkt werden. Die Maßnahmen sehen u. a. eine strukturierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Form von gemeinsamen Projekten von öffentlichen Verwaltungen vor...

Umwelt, Energie und Verkehr

Erneuerbare Energien: Politische Einigung zur Dringlichkeitsverordnung

Am 24. November 2022 hat der Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie eine politische [Einigung](#) zur Dringlichkeitsverordnung zur Festlegung eines Rahmens für einen beschleunigten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien erzielt (Brüssel Aktuell 18/2022). Der ursprüngliche [Vorschlag](#) der EU-Kommission vom 9. November 2022 wurde mit wenigen Änderungen angenommen. U. a. wurde neu eingefügt, dass Mitgliedstaaten in eigener Zuständigkeit bestimmen können, in welchen Gebieten sie für den Ausbau der erneuerbaren Energien ein überragendes öffentliches Interesse einräumen wollen und für welche Technologien dies in Übereinstimmung mit ihren nationalen Energie- und Klimaplänen gelten soll (Art. 2 Abs. 1 S. 2)...

GAP: Kommission genehmigt Nationalen Strategieplan

Am 21. November 2022 genehmigte die EU-Kommission den deutschen Nationalen [Strategieplan](#) für die Gemeinsame Agrarpolitik ([GAP](#)) (Brüssel Aktuell 11/2022). Somit kann die GAP in Deutschland pünktlich zum 1. Januar 2023 mit einem Budget von 30,5 Mrd. € ohne Verzögerung anlaufen. Der Strategieplan konzentriert sich v. a. auf den Schutz von Klima und Umwelt, zugleich sollen Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe und ländlicher Gebiete gewährleistet werden...

Soziales, Bildung und Kultur

Gewalt gegen Frauen: Einheitliche europäische Rufnummer ab 2023

Die EU-Kommission gab anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen bekannt, dass bis Ende April 2023 eine einheitliche Telefonnummer in der EU für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, zur Verfügung stehen wird. Unter der Rufnummer 116 016 können Frauen kostenlose Hilfe und Beratung erhalten...

Fördermöglichkeiten und Aufrufe

Kreatives Europa: Aufruf für Europäische Kooperationsprojekte

Bis zum **23. Februar 2023** können [Kooperationsprojekte](#) zur Förderung durch „Kreatives Europa“ eingereicht werden. In der grenzübergreifenden Zusammenarbeit europäischer Akteure aus mindestens drei verschiedenen Staaten (EU-Mitgliedstaaten und assoziierte [Länder](#)) muss ein Mehrwert erkennbar sein, der durch eine rein regionale oder nationale Ausführung nicht erreicht werden kann...

EU4Health: Arbeitsprogramm 2023 veröffentlicht

Am 21. November 2022 veröffentlichte die EU-Kommission das [Arbeitsprogramm 2023](#) für das EU-Förderprogramm EU4Health (Brüssel Aktuell 7/2021). Für das kommende Jahr steht ein Gesamtbudget von 735,8 Mio. € zur Verfügung, das zur Umsetzung folgender Aktions- und Maßnahmenbereiche eingesetzt werden soll: Krisenvorsorge; Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention; Krebs; Gesundheitssysteme und Arbeitskräfte in der Gesundheitsversorgung sowie Digitalisierung...

Erasmus+: Aufrufe zur Förderung von Bildung, Jugend und Sport 2023

Im kommenden Jahr stehen für das EU-Programm [Erasmus+](#) rund 4,2 Mrd. € zur Förderung von Mobilität und Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Jugend und Sport zur Verfügung. Gefördert werden Aktivitäten der folgenden vier Programmprioritäten: Inklusion und Vielfalt, digitaler Wandel, demokratische Teilhabe sowie ökologischer Wandel...

CEF: Aufruf für grenzüberschreitende Projekte zu erneuerbaren Energien

Bis zum **23. Februar 2023, 17:00 Uhr**, können über das englischsprachige Funding & tenders [Portal](#) Anträge für zwei neue [Aufrufe](#) für grenzüberschreitende Projekte im Bereich erneuerbare Energien im Förderprogramm Connecting Europe Facility ([CEF](#)) eingereicht werden. Ziel ist es, v.a. in den Bereichen Planung, Entwicklung und kosteneffiziente Nutzung von erneuerbaren Energien die Kooperation von Mitgliedstaaten zu fördern sowie deren Integration in den Energiebinnenmarkt zu erleichtern...

Ukraine: Spendenaufruf für Schulbusse

Die EU-Kommission ruft private und öffentliche Einrichtungen dazu auf, Busse zu spenden, damit Kinder in der Ukraine in die Schulen gebracht werden können. Dies soll im Rahmen einer [Solidaritätskampagne](#) erfolgen; über das EU-Katastrophenschutzverfahren ([UCPM](#)) können potenzielle Spender die Schulbusse spenden...

Veranstaltungshinweis 1: EU-Förderprogramm CERV

Am **13. Dezember 2022 von 10 Uhr bis 11:30 Uhr** informieren die Europabüros der bayerischen und der baden-württembergischen Kommunen gemeinsam mit der Kontaktstelle CERV Deutschland digital über das 2021 gestartete EU-Förderprogramm „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ ([CERV](#)). Neben einem Überblick des Programms und der Prioritäten für 2023/24, sollen vor allem praktische Hinweise bei einer möglichen Antragstellung unterstützen...

Veranstaltungshinweis 2: EU-Strategie für die Cybersicherheit

Cyberkriminalität stellt eine immer größer werdende Bedrohung für die digitale Arbeitswelt und die Gesellschaft dar. Cyberangriffe können Organisationsstrukturen und -ebenen schädigen und hören dabei nicht an den Ländergrenzen auf. Um künftig schneller auf Cyberkrisen reagieren zu können, verstärkt die Europäische Union ihr rechtliches Rahmenwerk für eine koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten zum Schutz der digitalen Infrastruktur. Dieses hat Auswirkungen für die kommunale Ebene. Am **15. Dezember 2022 von 8:30 Uhr bis 9:30 Uhr** wird im Rahmen des Morning-Talks der Digitalakademie@bw und des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen mit Frau Svetlana Schuster, Leiterin des Bereichs Cybersicherheit und digitaler Datenschutz (DG Connect) bei der EU-Kommission über die neue EU-Strategie für Cybersicherheit informiert und diskutiert. Um [Anmeldung](#) wird gebeten. (JK)